

1. Umgang mit eventuellen Zielkonflikten beim Atomausstieg

Wie soll die künftige Regierung bei eventuellen Zielkonflikten im Hinblick auf die Erfordernisse des Atomausstiegs und im Hinblick auf die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen entscheiden?

Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache	SPD	FDP	LINKE	Grüne	Mahnwachen-Teilnehmer
Der Atomausstieg hat äußerste Priorität. Andere Belange müssen auf jeden Fall dahinter zurückstehen.			X	X	76%
Der Atomausstieg ist wichtig und muss bei der Prioritätenabwägung besonders berücksichtigt werden; doch die Versorgungssicherheit, die Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ... müssen angemessen berücksichtigt werden.		X			10%
In Sachen Atomausstieg ist bereits alles geregelt. Neu auftretende Ziel- und Interessenkonflikte sind ausgeschlossen	X				7%
Sonstige Antworten	X			X	7%

[**Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann** hat folgende Antwort frei formuliert:]

Der Atomausstieg ist wichtig und muss bei der Prioritätenabwägung besonders berücksichtigt werden. Dennoch dürfen wir auch die Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht aus den Augen verlieren. Die Energiewende ist eine große Herausforderung, die nur gelingen wird, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen.

Als Industrienation sind wir auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen.

[**Grünen-Kandidat Ralf Poppe** hat seine Antwort wie folgt ergänzt:] *Die Partei ist wohl eher der Meinung, es sei alles geregelt. Ich finde, Atomstrom hätte niemals produziert werden dürfen. Jeder Tag, an dem weiterer Atom Müll produziert wird und ein Atomunfallrisiko besteht, ist ein Tag zuviel.*

Sonstige Antworten der Mahnwachen Teilnehmer waren:

- *Der Atomausstieg hat Priorität. Versorgungssicherheit ist mit regenerativen Energien sicherzustellen. [Frei formulierte Antwort]*
- *Der Atomausstieg ist gleichrangig mit vielen anderen Zielen. Eine besondere Berücksichtigung ist nicht angemessen. [Vorgegebene Antwort zum Ankreuzen]*

2. Notwendigkeit der Atomkraft zur bundesdeutschen Energieversorgung

Die in Deutschland betriebenen Atomkraftwerke sind für die deutsche Energieversorgung ...

Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache	SPD	FDP	LINKE	Grüne	Mahnwachen-Teilnehmer
... heute schon nicht mehr notwendig				X	66%
... im Jahr 2021 voraussichtlich nicht mehr notwendig	X		X		21%
... im Jahr 2021 voraussichtlich noch z.T. notwendig		X			--
Dazu habe ich keine ausreichenden Kenntnisse					10%
Sonstige Antworten				X	3%

[Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann hat eine eigene Antwort frei formuliert:]

Deutschland hat sich entschlossen, bis 2022 aus der Kernenergie auszusteigen und die Energiewende auf den Weg zu bringen. Bis 2025 sollen 40 bis 45 Prozent und bis 2050 mindestens 80 Prozent unserer Energie aus regenerativen Quellen kommen. Da wir als Industrienation auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen sind, müssen wir die Energiewende mit Augenmaß umsetzen. Dies bedeutet, dass wir nicht von heute auf morgen aus der Atomkraft aussteigen können. Das letzte Atomkraftwerk wird in Deutschland spätestens 2022 vom Netz gehen. Die zuständigen Energieversorger werden den Rückbau selbst durchführen und bezahlen.

[Grünen-Kandidat Ralf Poppe hat seine Antwort wie folgt ergänzt:]

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Eine „Sonstige (frei formulierte) Antwort“ eines Mahnwachen Teilnehmers war:]

so schnell wie möglich [Frei formulierte Antwort]

3. Anlage der Gelder des Atomfonds (24 Mrd.) zur Nuklearen Endlagerung

**Sollen ökologische und ethische Kriterien
bei Anlage der Mittel des Atomfonds beachtet werden?**

Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache	SPD	FDP	LINKE	Grüne	Mahn- wachen- Teilnehmer
Ja	X	X	X	X	90%
Dazu kann ich derzeit nichts sagen.					10%

[Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann hat eine eigene Antwort frei formuliert:]

Anlagekriterien sind sinnvoll – sofern sie nicht ideologisch motiviert sind

4. Überarbeitung des EURATOM-Vertrags

Die in Deutschland betriebenen Atomkraftwerke sind für die deutsche Energieversorgung ...

Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache	SPD	FDP	LINKE	Grüne	Mahnwachen-Teilnehmer
Eine Initiative zur Änderung des EURATOM-Vertrags ist dringend erforderlich.				X	52%
Eine Initiative zur Änderung des EURATOM-Vertrags ist unterstützenswert.	X		X		24%
Dazu kann ich derzeit nichts sagen.		X			24%
Sonstige Antworten				X	--

[**Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann** hat eine eigene Antwort frei formuliert:]

Eine Initiative zur Änderung des EURATOM-Vertrags ist grundsätzlich denkbar. Sie darf jedoch nicht dazu führen, den anderen EU-Ländern zu diktieren, wie sie ihre Energiepolitik zu gestalten haben. Wir müssen mit unserer Energiewende Vorbild sein, um zu überzeugen.

[**Grünen-Kandidat Ralf Poppe** hat seine Antwort wie folgt ergänzt:]

Aufgrund der ungelösten Müllfrage und des Unfallrisikos muss der Ausstieg international befördert werden.

5. Wie dringlich ist der deutsche Ausstieg aus der Kohle-Verstromung ?					
Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache	SPD	FDP	LINKE	Grüne	Mahnwachen-Teilnehmer
Sehr dringend				X	45%
Dringend	X		X		38%
Der Ausstieg aus der Kohle-Verstromung ist stets mit zu bedenken.		X			17%
<p>[Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann hat eine eigene Antwort frei formuliert:] <i>Ein zeitgleicher Atom- und Kohleausstieg ist für eine Industrienation wie Deutschland sehr riskant. Wir brauchen auch in Zukunft verlässliche Grundlastträger, zumal uns erforderliche Leitungen und Speicher für erneuerbare Energien in Deutschland noch fehlen. Es ist daher erforderlich, die Kohle als verlässlichen, heimischen Energieträger im Sinne einer Brückentechnologie zumindest mittelfristig weiter zu nutzen – so lange jedenfalls, bis andere Technologien eine sichere und bezahlbare Alternative darstellen.</i></p>					
<p>[Grünen-Kandidat Ralf Poppe hat seine Antwort wie folgt ergänzt:] <i>Die 20 schmutzigsten bis 2020, der Rest bis 2030. Anders sind die Klimaschutzziele, auf die sich die 195 Staaten geeinigt haben, nicht zu erreichen.</i></p>					

6. Wie dringlich ist der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energien in den Bereichen Mobilität und Wärme?					
Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache	SPD	FDP	LINKE	Grüne	Mahnwachen-Teilnehmer
Sehr dringend				X	31%
Dringend					45%
Der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energien ist stets mit zu bedenken.	X	X			21%
Der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energien sollte keine besondere Dringlichkeit haben.					3%
Sonstige Antworten			X	X	--
<p>[Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann hat folgende Antwort frei formuliert:] <i>Wir benötigen fossile Energieträger mittelfristig noch als Brückentechnologie. Die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und die Bezahlbarkeit für die Bürger nicht aus dem Blick verlieren.</i></p>					
<p>[DIE.LINKE-Kandidat Klemens Kowalski hat folgende Antwort frei formuliert:] <i>Fossile Energieproduktion ist nur für Notsituationen vorzuhalten.</i></p>					
<p>[Grünen-Kandidat Ralf Poppe hat seine Antwort wie folgt ergänzt:] <i>Wir wollen die Pariser Klimaschutzziele erreichen. Deshalb wollen wir keine Neuzulassung von Fahrzeugen mit Benzin- oder Dieselmotor ab 2030 erlauben. Zur Einsparung im Wärmebereich haben wir den „Aktionsplan Faire Wärme“ vorgelegt.</i></p>					

7. Ausbau erneuerbarer Energien

Mit welcher Intensität sollte der Ausbau erneuerbarer Energien in den kommenden Jahren vorangetrieben werden?

Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache	SPD	FDP	LINKE	Grüne	Mahnwachen-Teilnehmer
Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss auch in der kommenden Legislaturperiode höchste Priorität haben und weiterhin auf sehr hohem Niveau erfolgen.	X		X	X	90%
Bis 2030 genügt es, die bisherigen Planungen beizubehalten, und ggfs. einzelne neue Impulse zu setzen.					7%
Die Weichen sind bereits gestellt und die Zielgrößen festgelegt. Größere Impulse aus der Bundespolitik für die Zeit bis 2030 sind nicht mehr erforderlich.		X			--
Sonstige Antworten				X	3%
<p>[Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann hat eine eigene Antwort frei formuliert:] <i>Der Ausbau erneuerbarer Energien muss weiter vorangetrieben werden. Wir dürfen uns aber nicht übernehmen und brauchen realistische Zielvorgaben. Nur wenn wir anderen Staaten zeigen, dass dabei unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht auf der Strecke bleibt, wird unser Beispiel Schule machen.</i></p>					
<p>[Grünen-Kandidat Ralf Poppe hat seine Antwort wie folgt ergänzt:] <i>Der Stromverbrauch wird von ca. 600 TWh auf 1.300 TWh steigen. Zum Schutz unserer Lebensgrundlagen muss der Ausbau nach Berechnung der HTW-Berlin-Studie „Sektorkopplung“ jährlich 6,3 GW On-Shore-, 3 GW-Offshore-Windenergie und 15 GW betragen.</i></p>					
<p>[Sonstige (frei formulierte) Antwort eines Mahnwachen Teilnehmer war:] <i>Im Prinzip Antwort 1, aber nicht auf Kosten späteren Atomausstiegs.</i></p>					

8. Wirtschaftlichkeit von großen Stromspeichern verbessern

Eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlichen Betrieb großer Stromspeicher soll von der künftigen Regierung ...

Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache	SPD	FDP	LINKE	Grüne	Mahnwachen-Teilnehmer
... prioritär verfolgt werden	X		X	X	79%
... in Betracht gezogen werden					14%
Dazu kann ich derzeit nichts sagen.					7%
Sonstige Antworten		X		X	--

[Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann hat eine eigene Antwort frei formuliert:]

...durch Investitionen in Forschung und Entwicklung vorangetrieben werden. Stromspeichern kommen in der zukünftigen Stromversorgung im Rahmen der vereinbarten Ausbauziele der Erneuerbaren viele Funktionen zu. Sie können die Stromerzeugung aus Solar- und Windenergieanlagen glätten und damit deren Vermarktungs- und Systemverträglichkeit erhöhen. Sie können CO2-freien Strom liefern und Versorgungssicherheit bieten. Sie ermöglichen Eigenversorgungskonzepte, können Netze entlasten und zur Glättung von Strompreisspitzen beitragen. Moderne Stromspeichertechnologien sind also für den Erfolg der Energiewende von großer Bedeutung. Unsere Anstrengungen bei der Forschung und bei der Förderung setzen wir fort. Deutschland soll wieder Standort für eine Batteriezellproduktion werden.

[FDP-Kandidat André Grote hat eine eigene Antwort frei formuliert:]

*-> Das, was derzeit zur Verfügung steht, sollte auch ökonomisch nutzbar sein.
-> Wir müssen weiter in neue Technologien und Forschung investieren.*

[Grünen-Kandidat Ralf Poppe hat seine Antwort wie folgt ergänzt:]

Es geht um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

9. Die Einbindung der Industrie in eine umweltfreundliche Neugestaltung der Energieversorgung sowie in die Schaffung neuer Strukturen soll von der künftigen Regierung ...					
Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache	SPD	FDP	LINKE	Grüne	Mahnwachen-Teilnehmer
... prioritär verfolgt werden				X	83%
... in Betracht gezogen werden	X	X			17%
Sonstige Antworten			X	X	--
[Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann hat eine eigene Antwort frei formuliert:] <i>... fortwährend verfolgt werden.</i>					
[DIE.LINKE-Kandidat Klemens Kowalski hat folgende Antwort frei formuliert:] <i>... erzwungen werden.</i>					
[Grünen-Kandidat Ralf Poppe hat seine Antwort wie folgt ergänzt:] <i>Ohne Einbindung der Industrie ist eine Umgestaltung der Energieversorgung nicht vorstellbar. Dafür muss die Politik die Rahmenbedingungen setzen.</i>					

10. Eine Erhöhung der Ausbauziele für Windkraft in Nord- und Ostsee

Eine Erhöhung der Ausbauziele der Offshore-Windkraft soll von der künftigen Regierung ...

Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache	SPD	FDP	LINKE	Grüne	Mahnwachen-Teilnehmer
... auf jeden Fall umgesetzt werden				X	58%
... in Betracht gezogen werden	X	X			28%
... ist nicht erforderlich, ist nicht sinnvoll oder ist nicht Aufgabe der Politik					7%
Sonstige Antworten			X	X	7%

[**Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann** hat eine eigene Antwort frei formuliert:]

... in Betracht gezogen werden, sofern die Stromnetze dafür ertüchtigt wurden und eine Notwendigkeit für neue Anlagen besteht. Grundsätzlich stehen wir für Technologieoffenheit. Wohin eine Übersubventionierung einzelner Branchen führt, hat uns der Niedergang der deutschen Solarproduktion vor Augen geführt.

[**DIE.LINKE-Kandidat Klemens Kowalski** hat folgende Antwort frei formuliert:]

... unter Vermeidung von Schäden an der Tier- und Pflanzenwelt umgesetzt werden.

[**Grünen-Kandidat Ralf Poppe** hat seine Antwort wie folgt ergänzt:]

Die Deckelung muss weg. Es ist ein Ausbau von jährlich 3 GW nötig, siehe oben.

[**Sonstige Antworten der Mahnwachen Teilnehmer** waren:]

- *Dezentrale Stromerzeugung würde Monopol der Konzerne begrenzen* [Frei formulierte Antwort]
- *Dazu kann ich derzeit nichts sagen.* [Vorgegebene Antwort zum Ankreuzen]